

STEFAN THIMMEL

URUGUAY AM SCHEIDEWEG

**DAS MITTE-LINKS-BÜNDNIS FRENTE AMPLIO
MUSS UM SEINE MEHRHEIT FÜRCHTEN**

Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Uruguay am 26. Oktober 2014 treten die drei großen Parteien beziehungsweise Parteienbündnisse mit Kandidaten an, die allesamt für das politische Establishment stehen. Der 74-jährige ehemalige Präsident Tabaré Vázquez, der zwischen 2005 und 2010 die erste Regierung des Mitte-links-Bündnisses Frente Amplio anführte, wird vom 41-jährigen Luis Alberto Lacalle Pou, dem Sohn des liberalkonservativen ehemaligen Staatspräsidenten Luis Alberto Lacalle (1990–1995) von der Nationalpartei (Blancos) herausgefordert. Der Dritte im Bunde ist der 54-jährige Pedro Bordaberry, Kandidat der rechtskonservativen Colorado-Partei und Sohn des 2011 verstorbenen ehemaligen Diktators Juan María Bordaberry (1972–1976).

POLITIK- UND GENERATIONENWECHSEL?

Die seit zehn Jahren die uruguayische Politik dominierende Mitte-links-Koalition Frente Amplio («Breite Front») muss um ihre Mehrheit fürchten. Alle Umfragen gehen von einer Stichwahl zwischen dem Onkologen Tabaré Vázquez und Luis Alberto Lacalle Pou, dem Vertreter einer «neuen, jungen Rechten», am letzten Sonntag im November aus. Anfang Oktober ermittelte das führende uruguayische Meinungsforschungsinstitut factum für die Wahl am 26. Oktober für die Frente Amplio 42 Prozent, für die Blancos 32 und für die Colorados 15 Prozent der Stimmen. Mit einer erneuten Mehrheit der Frente Amplio ist weder im Senat noch im Abgeordnetenhaus des uruguayischen Parlaments zu rechnen.

Ebenso wie in Brasilien steht demnach auch in Uruguay eine der linken, progressiven Regierungen auf der Kippe, die nach der bitteren und grausamen Zeit der Militärdiktaturen Ende des 20. Jahrhunderts und den neoliberal geprägten 1990er Jahren das politische Profil des Subkontinents seit der Jahrtausendwende bestimmt haben. Die Folgen für den regionalen Integrationsprozess in Südamerika würden sich bei einer Niederlage der amtierenden brasilianischen Staatspräsidentin Dilma Rousseff und des Kandidaten Tabaré Vázquez schnell bemerkbar machen. Die Charakterisierung Lateinamerikas als Kontinent «linker Regierungen» und eines «Sozialismus des 21. Jahrhunderts», wie immer die Entwicklungen in den einzelnen Ländern von Venezuela bis Argentinien auch im Einzelnen zu bewerten sind, wäre sicher so nicht mehr aufrechtzuerhalten. Eines ist aber schon mit dem Abgang des amtierenden Staatspräsidenten José «Pepe» Mujica, der laut uruguayischer Verfassung nicht unmittelbar wiedergewählt werden darf, gewiss: Vorbei ist definitiv die

Ära der charismatischen, caudillohaften, populistischen – der Benennungen gibt es viele – Typen in Lateinamerika. Nach dem (vorläufigen) Rückzug von Luiz Inácio Lula da Silva in Brasilien, nach dem Tod von Néstor Kirchner und Hugo Chávez Frías war der knorrige 79-jährige ehemalige Tupamaro sowohl wegen seiner ungewöhnlichen Biografie als auch wegen seines Amtsstils eines der letzten verbliebenen «Originale».

1972 wurde José Mujica Cordano zum wiederholten Male (das erste Mal 1964 nach einem versuchten Banküberfall) verhaftet und verschwand als eine der sogenannten neun «Geiseln des Staates» in den Kerkern der bis 1985 herrschenden uruguayischen Militärdiktatur. Mehrere Jahre lang war er in ein Erdloch eingegraben («in dieser Zeit habe ich gelernt, dass die Ameisen singen», so Mujica), wurde systematisch gefoltert und immer wieder von einem Ort zum anderen verlegt. Niemand sollte wissen, wo er und seine Mitstreiter gerade festgehalten wurden. Die Militärs hatten öffentlich kundgetan, dass alle Geiseln überleben würden, wenn Ruhe herrsche: keine Proteste, keine Demonstrationen, keine bewaffneten Aktionen. «Pepe», wie der am 20. Mai 1935 während der Herrschaft des ersten uruguayischen Diktators Gabriel Terra geborene Sohn eines pleitegegangenen kleinen Viehzüchters vom Volk genannt wird, überlebte. Und schon wenige Tage nach seiner Entlassung kündigte er an, dass der Kampf um eine gerechtere uruguayische Gesellschaft weitergehe, allerdings nicht mehr mit Waffengewalt. Gut 24 Jahre später, am 29. November 2009, wurde zum Präsidenten gewählt. Zumindest für Lateinamerika ein historischer Tag: Eine Karriere aus dem Folterkeller in den Präsidentenpalast war bis dahin auch in Lateinamerika einzigartig.

ERFOLGSBILANZ DER PRÄSIDENTSCHAFT MUJICAS

Der Respekt für den Mitbegründer der Stadtguerilla Tupamaros, den ehemaligen Landwirtschaftsminister und Senator, der am 1. März 2010 als 40. Präsident Uruguays sein Amt antrat, spiegelt sich in der Würdigung seiner Person sowohl im Ausland als auch in Uruguay wider. Die internationale Presse ist voller Lobeshymnen für den laut BBC «ärmsten Präsidenten der Welt» (Mujica spendet fast 90 Prozent seines Präsidentengehalts von 12.500 US-Dollar). Das britische Nachrichtenmagazin *The Economist* nominierte Uruguay, nicht zuletzt seines Präsidenten wegen, im Jahr 2013 zum Staat des Jahres. Und der ebenfalls britische *Guardian* fragte im September 2014: «Ist das der radikalste Präsident der Welt?» Und das nicht vorrangig wegen seiner politischen Ansichten und seines Programms als Staatschef, sondern vor allem wegen seiner beharrlichen Weigerung, eine Krawatte anzuziehen, wegen seines bescheidenen Lebensstils auf einem kleinen Bauernhof am Stadtrand der uruguayischen Hauptstadt Montevideo und seines VW-Käfers Baujahr 1987.

Aber auch die ökonomischen Rahmendaten und politischen Veränderungen in dem mit 176.000 Quadratkilometern für südamerikanische Verhältnisse kleinen Land (es hat knapp die Hälfte der Fläche Deutschlands) seit dem Amtsantritt von «Pepe» Mujica nötigen Respekt ab. Die Programme zur Armutsbekämpfung wirken: Der Anteil der 3,5 Millionen UruguayerInnen, die unterhalb der Armutsgrenze leben, ging von 2006 bis 2013 von 34 auf 11 Prozent zurück, und nach Angaben der CEPAL, der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, hat Uruguay den niedrigsten Armutsindex in Lateinamerika. Ebenso greifen die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, aktuell liegt die Rate bei sechs Prozent. Die Einkommen der «Orientales», wie die EinwohnerInnen in Anspielung auf den offiziellen Titel des Landes (República Oriental del Uruguay – Republik östlich des Flusses Uruguay) genannt werden, haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt, der Mindestlohn liegt bei 500 US-Dollar, und das Land steht an der Spitze im Ranking bei der sozialen Inklusion. Das Pro-Kopf-Einkommen war 2013 mit über 16.000 US-Dollar das höchste Lateinamerikas (laut einer Erhebung der Weltbank von 2014). Das Wirtschaftswachstum betrug zwischen 2005 und 2013 durchschnittlich 5,8 Prozent. Auf der anderen Seite sind allerdings die Verbraucherpreise ebenso angestiegen, die Inflationsrate liegt aktuell bei 8,5 Prozent – für Uruguay eher hoch, im Vergleich mit anderen lateinamerikanischen Ländern aber immer noch sehr niedrig. Und es gibt weitere Erfolge: Es existiert ein funktionierendes nationales Gesundheits- und Rentensystem, es gibt keinen nennenswerten Analphabetismus mehr im Land, 98 Prozent der Menschen haben Zugang zu sauberem Trinkwasser, 70 Prozent sind an die öffentliche Abwasserversorgung angeschlossen. Die Elektrizitäts- und Wasserversorgung sind ebenso wie die Erdölgesellschaft staatlich organisiert (in mehreren Referenden schmetterte eine Mehrheit der UruguayerInnen jegliche Privatisierungsversuche ab).

Und nicht wenige der gesellschaftlichen Veränderungen seit der Abwahl der beiden konservativen Traditionsparteien Blancos und Colorados, die seit der Unabhängigkeit im Jahre 1828 fast permanent Regierung und Präsident stellten (mit Ausnahme der beiden Militärdiktaturen in den 1930er Jahren und von 1973 bis 1985), im Oktober 2004 sind nicht nur für Lateinamerika wegweisend. Im Mai 2014 trat das

Ehe-Gleichstellungsprojekt in Kraft, das – durchaus anders als in anderen Ländern, die die «Homo-Ehe» eingeführt haben – einheitliche Rechte für homo- und heterosexuelle Paare vorsieht. So schließen nicht mehr Mann und Frau die Ehe, sondern es wird geschlechtsneutral von Vertragsparteien gesprochen. Schon 2009 wurden gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften legalisiert und gleichgeschlechtlichen Paaren ein Adoptionsrecht zugestanden, 2013 wurde das Gesetz zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs verabschiedet. Dieses Gesetz, mit dem die Frente Amplio eines ihrer Wahlversprechen einlöste, sieht vor, dass Frauen innerhalb der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft ein Gespräch mit einem Team aus MedizinerInnen, PsychologInnen und SozialarbeiterInnen führen müssen, in dem sowohl über die Risiken eines Abbruchs als auch über die Alternativen und staatlichen Unterstützungsprogramme informiert wird. Erst nach diesem Gespräch und einer Bedenkzeit von fünf Tagen dürfen sie sich dem Eingriff unterziehen. Das ist eine Regelung, die von den traditionell in Uruguay sehr starken Frauenorganisationen, die sich seit Jahrzehnten für einen legalen, sicheren und kostenfreien Schwangerschaftsabbruch einsetzen, kritisiert wird, weil ihrer Ansicht nach die Frauen so einem unzumutbaren Druck ausgesetzt werden und ihnen das Recht vorenthalten wird, selbst über ihren Körper zu entscheiden. Insgesamt überwiegt bei den sozialen Organisationen und fortschrittlichen Frauenverbänden aber die Erleichterung, dass der Kampf um die Selbstbestimmung endlich zumindest zu einem Teilerfolg geführt hat und das Land zu einer Praxis zurückkehrt, die so ähnlich schon von 1934 bis 1938 gegolten hatte. Sie war ein Resultat der schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts fortschrittlichen Sozial- und Familienpolitik in Uruguay, wo es schon seit 1916 eine strikte Trennung zwischen Kirche und Staat gibt.

Programme wie der «Plan Ceibal», durch den alle GrundschülerInnen einen Laptop aus dem Projekt OLPC (One Laptop per Child) erhalten haben (bis Mitte 2014 insgesamt fast eine Million), werden international anerkannt und hochgelobt. Uruguay war das erste Land, das diese nach ihrem Initiator benannte Negroponte-Initiative einführte. Und auch die in Uruguay begonnene Revolution bezüglich der Nutzung erneuerbarer Energien wie Wind und Sonne aufgrund privater und öffentlicher Investitionen zählt zu den Errungenschaften der letzten Jahre. Fast vier Milliarden US-Dollar wurden in diese Branche investiert, durch die das Land bis 2015 rund 90 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Ressourcen decken will.

DIE FRENTE AMPLIO IN DER DEFENSIVE

All das, die Popularität von «Pepe» und die durchaus beeindruckenden politischen Errungenschaften, garantieren aber nicht die Wiederwahl seines Parteienbündnisses Frente Amplio. Tabaré Vázquez, der mit Raúl Sendic, dem Sohn des legendären gleichnamigen Gründers der Tupamaro-Stadtguerilla als Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten antritt, kann nicht davon profitieren. Sein Wahlslogan «Vamos bien» (Es geht uns gut) ist so formal und steif wie der Kandidat selbst. Die Frente Amplio kann kaum noch wie bei früheren Wahlen ihre Kader, die BasisaktivistInnen, aktivieren, geschweige denn begeistern. Weder Vázquez noch dem mit 52 Jahren deutlich jüngeren Sendic gelingt es, die Jugend zu motivieren, nicht von der Ansprache her, nicht mit ihren Inhalten. Die 1971 gegründete Frente Amplio ist keine eilig zusammengeschusterte Wahlallianz, sondern das ältes-

te politische Linksbündnis in Lateinamerika, das unter dem Grundsatz «Dissens in Einigkeit» unter anderem SozialistInnen, ChristdemokratInnen, KommunistInnen und ehemalige bewaffnete Stadtguerillera versammelt. Die für die lateinamerikanische Linke (und generell für die Linke) nicht gerade typische Einigkeit wurde in einem Dialogprozess vor allem seit dem Ende der Militärdiktatur im Jahre 1985 mühsam erarbeitet.

Die nach der existenziellen Wirtschaftskrise Anfang des Jahrtausends wieder gestärkte Mittelklasse, die aufgrund der erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre stark angewachsen ist, wendet sich in Teilen von der Frente Amplio ab. Nicht wenigen WählerInnen kommt das Bündnis nach zehn Jahren an der Macht schon verbraucht vor. Eine Stimmung, die Lacalle Pou für sich zu nutzen weiß und dem es auch gelingt, ein junges frisches, dynamisches Image zu vermitteln. Etwas, womit der über 30 Jahre ältere Vázquez nicht punkten kann. Die Blancos profitieren davon, dass auch in Uruguay das Thema Sicherheit bei der Mehrheit der WählerInnen ganz oben auf der Agenda steht. Weit entfernt von den Kriminalitätsraten in den Nachbarländern Argentinien und Brasilien, ist auch im traditionell sehr friedlichen Uruguay die Zahl der Gewaltverbrechen angestiegen.

Wie stark das Interesse am Thema Sicherheit ist, wird auch daran deutlich, dass die UruguayerInnen in einer Volksabstimmung, die auch am 26. Oktober stattfinden wird, darüber entscheiden, ob die volle Schuldfähigkeit und Strafmündigkeit von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt wird. Eine Initiative, die von der rechten Colorado-Partei eingebracht wurde, die im laufenden Wahlkampf vor allem die Angst vor Kriminalität schürt und nach mehr Polizei ruft. Diese Volksabstimmung ist ein Novum: Die Plebiszite der letzten Jahrzehnte wurden immer von progressiven, linksorientierten breiten gesellschaftlichen Bündnissen initiiert und durchgesetzt. Der Ausgang ist dieses Mal völlig offen, die letzten Umfragen sprechen von einer absoluten Pattsituation.

Mujica hat sich im letzten Jahr seiner Präsidentschaft des Themas Kriminalität ebenfalls angenommen – mit einem Vorschlag, der im Ausland zwar auf sehr große Zustimmung gestoßen ist und ihm weitere Reputation eingebracht hat, dem im Land selbst allerdings eine Mehrheit der UruguayerInnen ablehnend gegenübersteht. Im Mai 2014 wurde auf seine Initiative hin ein Gesetz verabschiedet, das den staatlich kontrollierten Marihuana-Anbau und den Handel damit legalisiert, weltweit das erste Gesetz dieser Art. Vor allem Mujica selbst erhofft sich dadurch eine effizientere Bekämpfung der Drogenkartelle und eben auch einen Rückgang der Kriminalitätsrate, die auch wegen der Zunahme von Beschaffungskriminalität angestiegen ist. Das Gesetz sieht ab Ende 2014 die Möglichkeit des Verkaufs von monatlich bis zu 40 Gramm Cannabis an registrierte KonsumentInnen in ausgewählten Apotheken vor. Ob das Gesetz aber auch zum Tragen kommt, hängt vom Wahlausgang ab. Lacalle Pou hat schon angekündigt, die Legalisierung rückgängig machen zu wollen. Und der Arzt Vázquez steht der Mujica-Initiative ebenfalls skeptisch gegenüber. Vázquez gab jüngst in einem Rundfunkinterview zu, dass die Registrierung von Marihuana-Käufern in den Apotheken letztlich dem Ziel diene, deren Drogenkonsum zu überwachen, sie vom Marihuana abzubringen und ihnen Therapien anzubieten. Dieser «therapeutische» Ansatz bei der Freigabe von Cannabis bringt die Anhänger einer umfassenden Liberalisierung des Konsums von Marihuana auf. Mujica selbst gibt sich für mögliche Kor-

rekturen offen. Falls sich keine Erfolge im Kampf gegen die Drogenkriminalität einstellen, wolle er sich dafür einsetzen, dass das Gesetz notfalls rückgängig gemacht wird.

Eine weitere Leerstelle der Politik der letzten fünf Jahre ist der Bildungssektor: Eine grundlegende Reform ist hier nicht angegangen worden. Galt das öffentliche, laizistische und unentgeltliche Bildungssystem im 20. Jahrhundert noch als vorbildlich, ist heute die Schulabbrecherquote sehr hoch, und Uruguay rangiert mit Ländern wie El Salvador und Honduras am unteren Ende der Skala beim Vergleich aller lateinamerikanischen Länder. Die Ursachen hierfür sehen KritikerInnen vor allem in den fehlenden Investitionen in die schulische Infrastruktur und in den nicht reformierten Schulkonzepten und Bildungsinhalten.

KRITIK VON LINKS

Von Menschenrechtsgruppen und sozialen Bewegungen wird die Regierung kritisiert, weil sie sich eher zögerlich gegen die Straffreiheit für während der Militärdiktatur begangene Verbrechen engagiert. Im Gegensatz zum Nachbarland Argentinien ist die Aufarbeitung in Uruguay nur schleppend vorangekommen. Auf den ersten Blick erstaunlich in einem Land, in dem der Staatschef selbst eines der prominentesten Opfer der Diktatur war. Aber gerade für die Tupamaros ist das heute kein bestimmendes Thema mehr. Nicht wenige von ihnen, allen voran der amtierende Verteidigungsminister Eleuterio Fernández Huidobro, ebenfalls ein legendärer Tupamaro und mit Mujica eine der «Geiseln des Staates» während der Militärdiktatur, bezeichnen diese Zeit im Nachhinein als Kriegszustand. Und im Krieg gebe es Opfer. Dabei wären die Voraussetzungen für eine Bestrafung der Täter von damals günstig.

1989, als es zum ersten Mal eine Volksabstimmung über das 1986 verabschiedete «Gesetz über die Nichtigkeit des Strafverfolgungsanspruchs des Staates» für während der Militärdiktatur von 1973 bis 1985 von Polizei und Militärs begangene Verbrechen abgestimmt wurde, war die Angst vor einer Rückkehr des Staatsterrors noch sehr groß. Die damalige rechte Regierung unter Julio María Sanguinetti schürte diese Angst geschickt. Trotzdem stimmten 43 Prozent der UruguayerInnen für die Annullierung des mit den Militärs ausgehandelten Gesetzes. 20 Jahre später, bei der zweiten Abstimmung am 25. Oktober 2009, votierten nur fünf Prozent mehr dafür. Erneut wurde keine Mehrheit für die Abschaffung des allen internationalen Menschenrechtsabkommen widersprechenden und von Anfang an von Juristen als verfassungswidrig eingestuften Gesetzes erreicht. Für die Menschenrechtsorganisationen, Basiskomitees, Gewerkschaften und Intellektuellen, die in einer über zweijährigen Kampagne 340.000 Unterschriften für ein erneutes Referendum gesammelt hatten, ist das eine bittere Niederlage. Dafür machen sie auch die amtierende Linksregierung mitverantwortlich, der sie mangelnde Unterstützung vorwerfen. Weder der damalige Präsident Tabaré Vázquez, der sich schon zu Beginn seiner Amtszeit gegen ein erneutes Plebiszit ausgesprochen hatte, noch José Mujica engagierten sich in der Kampagne für die Aufhebung des Gesetzes. Nach seinem Amtsantritt rang sich der Präsident immerhin dazu durch, das von beiden Kammern des Parlaments im Oktober 2011 verabschiedete Gesetz, das faktisch das umstrittene Amnestiegesetz von 1986 aufhebt, zu unterzeichnen. Durch die Novellierung werden während der Militärdiktatur begangene Verbrechen nun als Verbrechen gegen die

Menschlichkeit eingestuft und fallen dann als gewöhnliche Straftaten nicht mehr unter die am 1. November 2011 nach dem alten Gesetz eingetretene Verjährung. Die Opposition kritisierte die Gesetzesänderung heftig und verwies auf die beiden Volksabstimmungen aus den Jahren 1989 und 2009, bei denen sich die Bevölkerung für die Amnestie ausgesprochen hatte. Im Februar 2011 hatte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) Uruguay allerdings angewiesen, die Verbrechen der Diktatur aufzuklären.

Die Opposition links von der Frente Amplio – viele davon ehemalige AktivistInnen aus den verschiedensten Sektoren des Bündnisses und «Militante» (in Uruguay bedeutet das sozial kämpferisch und engagiert) sowie jüngere umweltpolitisch Aktive oder MenschenrechtsaktivistInnen und KünstlerInnen – befindet sich bei der Wahl im Oktober in einem Dilemma. Der sozialdemokratisch geprägte Sozialist und konservative Katholik Vázquez ist für viele von ihnen seit seiner ersten Amtszeit (2005–2010) nicht mehr wählbar. Zum einen, weil er sich aus persönlichen Gründen weigerte, das mit der Mehrheit der Stimmen der Frente Amplio verabschiedete Gesetz zur Legalisierung der Abtreibung zu unterzeichnen. Zum anderen aber auch wegen seiner Nähe zu den USA, seiner wirtschaftsnahen Investitions- und Wirtschaftspolitik sowie seiner Prahlerei, seinem autoritären Führungsstil etc. Das Potenzial derer, die für die drei linken Kleinparteien votieren könnten (oder ungültig wählen wollen – in Uruguay herrscht Wahlpflicht) wird auf etwa drei bis fünf Prozent ge-

schätzt. Und exakt diese drei bis fünf Prozent könnten am Ende entscheidend sein.

Nach der Wahl ist auch in Uruguay vor der Wahl. Für die Kommunalwahlen 2015 wollen die Blancos und Colorados eigens eine neue Partei gründen, um die seit fast 25 Jahren andauernde Dominanz der Frente Amplio in Montevideo, wo fast die Hälfte der uruguayischen Bevölkerung lebt, zu brechen. Mit dem Rückenwind eines möglichen Sieges bei der Stichwahl am 30. November könnte ihnen das auch gelingen. Und Mujica? Der amtierende Präsident will wieder fürs Parlament kandidieren und hat auch nicht ausgeschlossen, in Lateinamerika weiterhin eine führende Rolle im Integrationsprozess zu spielen.

Stefan Thimmel ist stellvertretender Leiter des Bereichs Politische Kommunikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuvor war er als freier Journalist vor allem in Lateinamerika tätig. Mehrere Buchveröffentlichungen zu Uruguay.

Weitere Informationen zur Region erhalten Sie im Newsletter des Referats Lateinamerika der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Ein kostenloses Abonnement ist unter: <http://is.gd/m6YL6N> möglich.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Oktober 2014
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling